

Welt der Arbeit

Ausgabe 33

www.weltderarbeit.de

11. Oktober 2006

WdA im Oktober

Aufstehen zum Protest!

Ein Zyniker sagte kürzlich frohgemut: „Unsere Gesellschaft verkraftet fünf Millionen Arbeitslose doch ganz locker! Kein Aufschrei“, ergänzte er noch, „keine sozialen Unruhen.“ Vielleicht dachte er ans Ende der Weimarer Republik, als das in der Tat ganz anders war. Aber damals war auch sonst Vieles anders. Jedenfalls steckte in der kaltschnäuzigen Bemerkung ein Körnchen Wahrheit. Und das gibt längst zu Sorgen Anlass. Die Menschen gehen wegen gesellschaftlicher Probleme nicht auf die Straße; sie ziehen sich zurück ins Private – und resignieren. In alarmierender Weise ist das an ständig sinkender Wahlbeteiligung abzulesen. Oder, um auf den Zyniker zurückzukommen: Gegen die Massenarbeitslosigkeit gibt es keinen Massenprotest. Diese Ausgabe der *WdA* liefert wieder viele Fakten, die Anstöße geben sollen. Und der DGB liefert (siehe S. 1 und S. 7) noch in diesem Monat Gelegenheiten, um im Kampf für soziale Gerechtigkeit auf die Straße zu gehen.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Aufstehen zum Protest!

Seite 2

Wie die Politik

Profiteure schützt

Seite 3

Internationale Gewerkschaftsforschung, Buchempfehlungen

Seite 4

Siemens: Verantwortungslose Manager, Kapitalismus pur

Seite 5

Kapital allein schafft gar nichts!

Seite 6

Wie wollen wir wirtschaften?

Seite 7

Blick zurück:

Solidarität mit Arbeitslosen

Seite 8

Wenig Vertrauen in die

Demokratie, Dramatische

Mitgliederverluste, Betriebsratswahlen

Seite 9

Heuschreckenplage, Buchtipp, Kommentar, Impressum

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat für den 21. Oktober zur Teilnahme an Kundgebungen in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München aufgerufen. Ziel ist es, die Große Koalition zu einer „sozial gerechten Politik“ zu bewegen.

Viele Menschen sind empört über die politische und soziale Entwicklung in Deutschland. Die Politik der Bundesregierung ist nicht nur umstritten, sondern sie wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

- Die Bundesregierung hat Abgaben- und Steuererhöhungen für Arbeitnehmer und Verbraucher in Höhe von 30 Milliarden Euro beschlossen. Gleichzeitig soll es neue Steuergeschenke für Unternehmen geben.

- Auf Arbeitslose wird immer mehr Druck ausgeübt. Weitere Kürzungen sind geplant, Vollzeit Arbeitsplätze fehlen aber.

- Es fehlen außerdem Zehntausende von Ausbildungsplätzen. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Unternehmern und Bundesregierung ist gescheitert.

- Mit der geplanten „Gesundheitsreform“ drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherten werden verschont.

- Rentnerinnen und Rentnern werden weitere Einkommensverluste zugemutet. Das vorgesehene Renteneintrittsalter mit 67 Jahren führt zu weiteren Rentenkürzungen.

- Der Kündigungsschutz ist in Gefahr. Die Unternehmerverbände verweigern den Beschäftigten echte Mitbestimmung.

Die Ankündigung des DGB, „gezielten Einfluss auf bestimmte Reformvorhaben zu nehmen“, wie es der Vorsitzende Michael Sommer formulierte, reicht aber bei weitem nicht aus. Die meisten Menschen in Deutschland wollen eine andere Politik! Die Gewerkschaften dürfen sich deshalb nicht in faule Kompromisse einbinden lassen. Stattdessen ist konsequenter Widerstand gegen eine sozial ungerechte und von Interessen des Kapitals bestimmte Politik dringend erforderlich.

Die Regierungsparteien haben ihre Glaubwürdigkeit weitgehend verspielt. Nach einer Umfrage des Berliner Forsa-Instituts, die im Magazin *stern* veröffentlicht wurde, ist der Politik-Frust in der Bevölkerung groß. Mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten würde derzeit bei einer Bundestagswahl weder der SPD noch der CDU/CSU ihre Stimme geben. Nur 21 von 100 Wahlberechtigten würden im Bundesdurchschnitt die CDU/CSU wählen. Die SPD ist im Bundesdurchschnitt mit 20 von 100 Wahlberechtigten ähnlich schwach. Nur noch 10 Prozent aller Wahlberechtigten trauen den Sozialdemokraten die Lösung der Probleme des Landes zu.

Eine Kooperation mit den regierenden Parteien würde die Gewerkschaften schwächen und ihre Glaubwürdigkeit beschädigen. Für eine soziale Erneuerung sind aber vor allem starke Gewerkschaften nötig. Nur sie können einen Politikwechsel erzwingen. Dazu sind allerdings eine sehr große Unterstützung aus der gesamten Bevölkerung und die Bereitschaft zum Kampf erforderlich. Eine überzeugende Mobilisierung und massenhafte Beteiligung an den Demonstrationen am 21. Oktober könnten ein Auftakt sein!

Franz Kersjes

Wie die Politik Profiteure schützt

Konzerne und ihre Lobbyisten haben den Gesetzgeber fest im Griff. Ihr Einfluss auf die Entscheidungsträger in den Ministerialbürokratien sowie in Regierung und Parlament verhindert, dass Maßnahmen zur Einschränkung von Marktmacht und gegen Profitgier durchgesetzt werden. Die Ausbeutung der Kunden ist in vielen Branchen grenzenlos. Dazu drei Beispiele:

Die Gier der Stromkonzerne

Vier Energieriesen teilen sich untereinander den Markt und das deutsche Stromnetz auf wie Besatzungsmächte. Sie beantragen trotz riesiger Gewinne immer neue Preiserhöhungen bei den zuständigen Landeswirtschaftsministern, die laut Gesetz höhere Strompreise genehmigen müssen. Aber weder die Lohnkosten für Kraftwerke noch die Brennstoffkosten der Kohlekraftwerke sind gestiegen. Im Gegenteil: Um eine Megawattstunde Strom zu erzeugen, musste ein Kraftwerk vor rund zwei Jahren noch bis zu 25 Euro für Kohle ausgeben. Heute sind es weniger als 20 Euro.

Die Stromkonzerne in Deutschland erzielen unter allen Branchen die höchsten Gewinne. Das Ausspielen ihrer Marktmacht funktioniert so: Der Stromkonzern ist aufgeteilt in Kraftwerke, die Strom erzeugen, in Netze, die Strom weiterleiten, und in einen Vertrieb, der den Strom an die Kunden verkauft. Der Vertrieb soll möglichst schlecht dastehen. Denn seine Kosten und Erlöse müssen die Landesregierungen vor der Genehmigung von Preiserhöhungen prüfen. Ist der Gewinn hoch, werden höhere Strompreise nicht genehmigt. Deshalb verlangen die anderen

Konzernteile vom eigenen Vertrieb völlig überteuerte Entgelte für die Netzbenutzung und überhöhte Preise für den Strom. Das lässt den Gewinn des Vertriebs schnell schrumpfen.

Die Stromrechnungen für die Verbraucher sind seit dem Jahr 2000 um 35 Prozent gestiegen und summieren sich zu gewohnheitsmäßig gewachsenen Profiten der Energiekonzerne, allein bei e.on auf zuletzt 7,3 Milliarden Euro.

Steigende Gesundheitskosten

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts stiegen die Gesundheitsausgaben in Deutschland zwischen 1995 und 2004 um 25 Prozent auf 234 Milliarden Euro. Unternehmer und Staat wurden entlastet. Die Belastungen für Versicherte sind beträchtlich gestiegen. Allein die so genannte Gesundheitsreform 2003 entlastete die Unternehmer um rund fünf Milliarden Euro, während gesetzlich Versicherte höhere Beiträge und höhere Zuzahlungen tragen müssen.

Den stärksten Ausgabenanstieg verzeichneten im vergangenen Jahr wieder einmal die Arzneimittel. Die Zuwachsrate von rund 17 Prozent führte bei den Krankenkassen zu Mehrausgaben von 3,5 Milliarden Euro. Insgesamt gaben die Kassen für Arzneimittel 25,39 Milliarden Euro aus, davon gut 23,6 Milliarden für Medikamente aus Apotheken. Doch die Politik tut seit Jahren nichts, um die Profitgier der Pharmakonzerne zu bändigen.

Es gäbe viel zu sparen im Gesundheitswesen: Unnötige Doppeluntersuchungen, teures Nebeneinander von Arztpraxen und

Kliniken, zu viele und zu teure Medikamente. Stattdessen wird immer mehr Geld ins System gepumpt. Aber das korrupte Beziehungsgeflecht zwischen Kassenärztlichen Vereinigungen, Pharmaindustrie und Politikern wird nicht bekämpft.

Gammelfleisch-Skandale

Die Liste der Fleischskandale ist lang. Aber es geschieht nichts. Es wird gestritten um Zuständigkeiten und schärfere Kontrollen. Derweil können menschenverachtende Fleischhändler ihr unsauberes Geschäft weiter betreiben. Es ist noch niemand bestraft worden; es ist noch nicht einmal ein Ordnungs- oder Bußgeld erhoben worden. Das heißt, es ist überhaupt niemand zur Verantwortung gezogen worden.

Die Gewinnspannen bei kriminellen Machenschaften in der Fleischindustrie sind hoch, die Kontrollen viel zu lasch. Bei den allerwenigsten Fleischskandalen der vergangenen Jahre haben amtliche Kontrolleure diese Skandale aufgedeckt.

Rechtlos in Schlachthöfen

In vielen Schlachthöfen arbeiten praktisch keine Einheimischen mehr, weil inzwischen ein verbreiteter Menschenhandel mit Osteuropäern entstanden ist. Es gibt nur noch Subunternehmerstrukturen. Die Menschen, die dort arbeiten, werden ausgebeutet zu Stundenlöhnen zwischen 1,50 und drei Euro. Rechte als Arbeitnehmer haben sie nicht. Auch in dieser Branche besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Aber Kapitalinteressen haben offensichtlich Vorrang.

F.K.

Buchempfehlungen

Noam Chomsky
Der gescheiterte Staat

399 Seiten, 24,90 Euro

Präzise zeichnet der Autor die Entwicklungslinien der US-amerikanischen Politik nach: die immer offenere Missachtung internationaler Verträge und Institutionen, eine aggressive Außenpolitik, die die Gefahr von Instabilität und Terror erhöht statt vermindert, aber auch die Erosion der Demokratie im Inneren durch die bis dato unerhörte Machtkonzentration in den Händen der Privatwirtschaft.

Adrian Peter
Die Fleischmafia

Paperback, 208 Seiten, 16,95 Euro

Das Buch bietet eine schonungslose Enthüllung unglaublicher Zustände in der deutschen Fleischindustrie. Der Autor zeigt in seinem Report, wie Korruption, Gier und Abhängigkeit sich in der Fleischbranche zu einem dichten Netz verknüpfen: Hinter der Fassade von Vorzeigeunternehmen geht es vor allem um das schnelle Geld mit der Ware Fleisch.

Gerhard Henschel
Gossenreport. Betriebsgeheimnisse der Bild-Zeitung

191 Seiten, Broschiert, 14 Euro

Die Bild-Zeitung verkauft immer weniger Exemplare. Seit 1998 verlor das Blatt weit über eine Million täglicher Käufer; das entspricht einem Rückgang von mehr als 22 Prozent. Während Politiker wie Gerhard Schröder das Boulevardblatt in den Stand eines „Leitmediums“ erhoben hatten, findet man in dem Buch von Gerhard Henschel überzeugende Gründe für die wachsende Ablehnung dieses menschenverachtenden Drecksblatts.

Internationale Gewerkschaftsforschung

Wo stehen die Gewerkschaften heute? Wie kommen sie aus der Defensive in die Offensive?

Diese Fragen stehen im Zentrum von Publikationen zur internationalen Gewerkschaftsforschung.

Ein neues Buch mit dem Titel „Union Renewal - Gewerkschaften in Veränderung“ gibt einen Einblick in die aktuellen Diskussionen aus dem englischen und französischen Sprachraum.

Die Zusammenfassungen der Ergebnisse prominenter Studien zur Gewerkschaftserneuerung aus Frankreich, Großbritannien und den USA richten sich nicht nur an die interessierte Wissenschaft, sondern bieten auch engagierten Gewerkschaftern zahlreiche Anregungen für ihre eigene Arbeit.

Die einzelnen Beiträge wurden für das deutschsprachige Publikum aufbereitet und unter Berücksichtigung der spezifischen nationalen Besonderheiten dargestellt. Die thematische Gliederung und die zusammenfassenden Kapiteleinleitungen ermöglichen dem Leser einen schnellen Einblick in komplexe Themengebiete. Mit abschließenden Thesen zur gewerkschaftlichen Erneuerung regen die Herausgeber weiterführende Diskussionen über nötige Neuausrichtungen und Schwerpunktsetzungen der gewerkschaftlichen Strategien an.

Ruf nach Erneuerung

„Es lässt sich beobachten, dass nach vielen Jahren der zunehmenden Defensive weltweit

Gewerkschafter daran arbeiten, ihre Organisationen zu erneuern. Dabei erproben sie neue Wege oder reaktivieren alte Strategien. Diese Versuche der Erneuerung müssen im 21. Jahrhundert zwangsläufig eine verstärkte internationale Orientierung aufweisen.“

Globalisierung der Probleme

„In einer global vernetzten Welt, die ökonomisch in steigendem Maße von transnationalen Konzernen dominiert wird, haben die abhängig Beschäftigten in vielen Ländern eines gemeinsam: Sie stehen oft den gleichen Unternehmen gegenüber. Neben allen bestehenden - nationalen, politischen, kulturellen, sozialen - Unterschieden, führt diese Situation zu zunehmenden Gemeinsamkeiten in der Art und Weise der Produktion, der Arbeit und der Auseinandersetzung mit der Kapitaleseite. Kämpfe, die heute hier geführt werden, wiederholen sich in ähnlicher Form morgen an anderen Orten. Diese Erfahrungen werden zunehmend wissenschaftlich ausgewertet. Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Unterfütterung gewerkschaftlicher Argumentation und Strategiebildung ist unbestritten. Dies gilt auch und gerade für die sehr grundlegenden Fragen nach der Zukunft der Gewerkschaften, nach dem *Was* und *Wie* einer gewerkschaftlichen Erneuerung“. (Aus der Einleitung des Buches)

Die Texte aus der aktuellen internationalen Gewerkschaftsforschung sind erschienen als Edition der Hans-Böckler-Stiftung. Info

www.boeckler.de

Siemens: Verantwortungslose Manager

Ein Jahr, nachdem das taiwanische Unternehmen BenQ die Handyproduktion von Siemens übernommen hat, haben die Asiaten für die Standorte in Deutschland Insolvenz angemeldet. Von der Pleite sind mehr als 3.000 Beschäftigte in Kamp-Lintfort, Bocholt und München betroffen. Sie sind „von der Siemens AG arglistig getäuscht worden“, sagte ein Betriebsratsmitglied der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*. Die betroffenen Arbeitnehmer/innen fühlen sich von Siemens verraten und verkauft.

Es waren offensichtlich fundamentale Managementfehler, die zum Ruin der Produktion geführt haben. Wichtige Entwicklungen wurden verschlafen und Notwendigkeiten von Entscheidungen nicht erkannt. Die Konsequenzen für die Unfähigkeit des Managements sollen nun, wie oft auch in anderen Unternehmen, die Beschäftigten tragen. Mit der Drohung, die Handyproduktion nach Osteuropa zu verlagern, wurden die Belegschaften bereits im Jahr 2004 mit Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich vom Siemens-Management erpresst. Nach Angaben der IG Metall haben die Beschäftigten damals schon auf rund 28 Prozent ihrer Vergütungen verzichtet. Trotzdem wurde im vergangenen Jahr die Produktion an BenQ verkauft. Die Versprechungen an die Mitarbeiter/innen waren eindrucksvoll. Unter anderem wurde behauptet, sie hätten unter dem neuen Eigentümer „eine nachhaltige Perspektive“. Die beim Abschluss des Geschäfts transferierten bzw. verabredeten Finanzmittel für BenQ sind nicht vollständig bekannt. Von den ehemaligen Siemens-Beschäftigten werden sie als „Abwrackprämie“ interpretiert. Unklar ist auch, welche Patente und Lizenzen verschertelt wurden. Notwendig ist deshalb die vollständige Offenlegung der Verträge, die mit BenQ abgeschlossen wurden.

Nach Angaben des Betriebsrates wurde bei der Übernahme die deutsche Handysparte aufgespaltet in eine Management GmbH, in der die Abfindungen der Chefmanager gesichert wurden, in eine Asset GmbH, in der die Vermögenswerte gebündelt wurden, und in die jetzt insolvente BenQ Mobile GmbH & Co. OHG., in der die Beschäftigten zusammengefasst wurden. Für Abfindungen der von der Insolvenz betroffenen Mitarbeiter/innen steht nun kein Geld zur Verfügung. Der politische und öffentliche Druck auf die Verantwortlichen bei Siemens haben nur zur Bereitstellung von (viel zu geringen) Finanzmitteln geführt. Die Arbeitnehmer/innen fordern Weiterbeschäftigung.

Aber die Manager des Siemens-Konzerns werden für ihre Unfähigkeit auch noch belohnt. So sollen die Gehälter der Vorstände im Durchschnitt um 30 Prozent steigen. Das bedeutet etwa eine Million Euro mehr per anno für jeden Topmanager des Konzerns. Für ein Jahr wollen die Herren angesichts der öffentlichen Kritik an ihren Fähigkeiten darauf verzichten. Aber derzeit werden weiterhin vielen Beschäftigten wegen des laufenden Konzernumbaus Verzichte und Verluste abgepresst. Siemens verkauft Geschäftsteile, streicht Tausende von Stellen und fordert von Teilen des Personals Mehrarbeit und Lohnverzicht. „Erst wird ein Geschäftsbereich innerhalb des Konzerns ausgegliedert und dann verkauft“, sagt Werner Neugebauer von der IG Metall. Beispielsweise sollen rund 12.000 Beschäftigte der Siemens Business Services (SBS) pro Woche zwei Stunden

Kapitalismus pur

Gewinne, Steuern, Investitionen: Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung sind die Unternehmensgewinne von 224 auf 337 Milliarden Euro gestiegen. Die Investitionen der Unternehmen fielen in den vergangenen fünf Jahren von 251 auf 227 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Öffentlichen Hand aus Gewinnsteuern betragen heute nur noch knapp 25 Milliarden, während sie vor fünf Jahren noch gut 34 Milliarden Euro einbrachten.

US-Defizit: Das Außenhandelsdefizit der USA steigt weiter. Die Exporte fielen auf 120 Milliarden Dollar, die Importe stiegen auf 188 Milliarden Dollar. Zur Finanzierung des Fehlbetrags benötigen die USA massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland. Bleiben diese aus, droht eine Dollar-Abwertung mit erheblichen Auswirkungen für die Weltwirtschaft.

Exporte: Die deutschen Ausfuhren steigen 2006 um elf Prozent. Es wird ein Handelsüberschuss von rund 147 Milliarden Euro erwartet.

länger arbeiten und zugleich auf etwa ein Zehntel ihres Gehalts verzichten. Außerdem will Siemens die Beschäftigten auch komplett neu eingruppieren, wobei es zu einer zusätzlichen Senkung der Monatsgehälter kommen könnte. Wahrscheinlich soll auch die SBS-Sparte mit möglichen Zusagen der Belegschaft in einen verkaufsfähigen Zustand gebracht und dann veräußert werden. Die Beschäftigten verlangen deshalb ein Mitspracherecht bei einem Verkauf ihrer Arbeitsplätze. Aber das reicht nicht! Notwendig ist ein Gesetz, das den Beschäftigten das Recht gibt, unfähige Manager zu entlassen und sie für ihre Fehler haftbar zu machen. F.K.

Kapital allein schafft gar nichts !

Die Mitbestimmung in deutschen Unternehmen ist eine Notwendigkeit. Diese Überzeugung ist Mehrheitsmeinung in unserer Gesellschaft. Eine Umfrage von TNS emnid im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung bestätigt dies: 85 Prozent der 1007 repräsentativ Befragten halten es für sinnvoll, dass in den Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften Arbeitnehmervertreter/innen sitzen. Mehr noch, nämlich 91 Prozent, sind der Auffassung, dass Unternehmen, die hohe Gewinne machen, Arbeitsplatzabbau nur mit Zustimmung der Arbeitnehmervertreter durchsetzen dürfen. Das ist ein klares Plädoyer für die Unternehmensmitbestimmung weit über die jetzigen Grenzen hinaus.

Fehlende Rechte

Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in Unternehmen bedeutet: Die Vertreter von Arbeit und Kapital haben die gleichen, uneingeschränkten Rechte. In Unternehmen dürfen also keine wesentlichen Entscheidungen ohne ausdrückliche Zustimmung aller Beteiligten getroffen werden. An diesem Prinzip gemessen, waren die deutschen Gewerkschaften in der Vergangenheit nicht erfolgreich.

Im Jahr 1951 hatten sich der erste DGB-Vorsitzende Hans Böckler und Bundeskanzler Konrad Adenauer auf ein Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie geeinigt. Seitdem dürfen Arbeitnehmer in den paritätisch besetzten Aufsichtsräten der Bergbau- und Stahlkonzerne mitbestimmen. Allerdings entscheidet in Patt-Situationen ein Neutraler. Außerdem ist ein vom Vertrauen der Belegschaft und der Gewerkschaft getragener Arbeitsdirektor Mitglied im Vor-

stand von Montanunternehmen; er verantwortet hier den Sozial- und Personalbereich. Von dieser Mitbestimmung sind heute aber nicht einmal mehr 50 Unternehmen und weit unter 200.000 Arbeitnehmer/innen betroffen.

In den Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten besteht seit 1976 nur scheinbar eine paritätische Mitbestimmung. In Streitfällen haben die Kapitalvertreter immer das letzte Wort. Das Gesetz bestimmt den Aufsichtsratschef, der in Patt-Situationen zwei Stimmen hat. Diese Scheinmitbestimmung wird in nur rund 730 Unternehmen mit gut zwei Millionen Beschäftigten angewandt. Zählt man die Montanmitbestimmung hinzu, so arbeiten gerade mal knapp 6,5 Prozent aller Arbeitnehmer/innen in Unternehmen mit Mitbestimmungsregelungen. 1961 schrieb der langjährige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, über die Mitbestimmung:

„Der Grundgedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. Die

Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer“.

Wirtschaft braucht Demokratie

Es reicht keineswegs aus, den unzureichenden Stand an Mitbestimmung lediglich zu verteidigen und zu sichern. Die abhängig Beschäftigten sind von den entscheidenden Fragen – ob produziert wird, wo produziert wird, was produziert wird, wie produziert wird – weitgehend ausgeschlossen. Demokratische Entscheidungsstrukturen gibt es in den Betrieben bis heute nicht. Warum eigentlich nicht? Nur durch Arbeit werden Werte geschaffen. Kapital allein schafft gar nichts! Aber Geldverleiher in den Banken und Kapitalbesitzer als Investoren entscheiden völlig eigenmächtig über die Verwendung der Gewinne. Warum ist das so? Warum geschieht das ohne die Beteiligung der Menschen, die Gewinne erst möglich machen? Warum dürfen Beschäftigte nicht mitbestimmen über die Verwendung des von ihnen erarbeiteten Kapitals – zum Beispiel ob, wo und wozu investiert wird und wie die Gewinne verteilt werden? Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass Kapitalbesitzern mehr Macht zugestanden wird als den Menschen, die mit ihrem Kopf und mit ihren Händen die Werte schaffen. Arbeitnehmer sollten sich das nicht mehr gefallen lassen

Franz Kersjes

Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

Im globalisierten Kapitalismus werden immer mehr Lebensbereiche der Profitmaximierung unterworfen. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen unter dem Druck von Wachstum und Effizienz zerstört menschliche Lebensverhältnisse weltweit und deren natürliche Grundlagen. Finanzierungsfonds kaufen Unternehmen auf, zerschlagen sie und vernichten massenhaft Arbeitsplätze. Wasser- und Energieversorgung, städtische Wohnungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser und andere, bisher öffentliche Strukturen der Daseinsvorsorge werden privatisiert und damit den Marktgesetzen unterworfen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Es ist an der Zeit, offensiv eine andere Ökonomie aufzubauen, eine Ökonomie, die auf sozialen, ökologischen und demokratischen Werten basiert und darauf ausgerichtet ist, sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und auf friedliche Zwecke gerichtete Produkte und Leistungen herzustellen, die zudem unter menschenwürdigen, persönlichkeitsfördernden, basisdemokratischen und geschlechtergerechten Arbeitsbedingungen und unter Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen geschaffen werden. Eine solche Solidarische Ökonomie wäre Teil der Suche nach einer anderen Welt.

Es gibt bereits einen großen Wirtschaftssektor Solidarische Ökonomie, der sehr unterschiedliche Formen von Betrieben und Projekten umfasst, zum Beispiel alte und neue Genossenschaften, landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Unternehmungen mit

sozialer Zielsetzung, Wohn- und Gemeinschaftsprojekte, Tauschringe, Direktvermarktung, Frauenprojekte, Initiativen für offenen Zugang zu Wissen und andere Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe.

„We don't want a piece of cake – we want the whole bakery.“

Die Zeit ist reif für eine Tagung, die diesen "Wirtschaftssektor" öffentlich macht, Akteure zusammenbringt, politische Fragen diskutiert und Mut macht zu solidarisch-ökonomischem Handeln.

Dazu findet an der TU Berlin vom 24. bis 26. November 2006 ein Kongress statt.

Die Themen:

- Praxisbeispiele & Projekte: Solidarische Ökonomie weltweit.
- Solidarische Ökonomie in Bildung und Wissenschaft
- Neoliberaler Umbau und Solidarische Ökonomie: Solidarisches Wirtschaften wider Sozialabbau, Entsolidarisierung und Prekarisierung.
- Solidarische Ökonomie: Alternative zu Privatisierung und Kommerzialisierung?
- Solidarische Ökonomie als Türöffner für neoliberale Politik?
- „Grundeinkommen“ - Neoliberalismus oder Basis für Solidarische Ökonomie?
- Nische, Wirtschaftssektor oder Gesamtperspektive?
- Möglichkeiten und Gren-

zen Solidarischer Ökonomie.

- Selbstbestimmt wirtschaften: Solidarische Ökonomie und Lebensstil aus individueller Sicht.
- Wem gehört die Welt? Die Eigentumsfrage in der Solidarischen Ökonomie.
- Solidarische Ökonomie – eine weltweite Bewegung: Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit.
- Werkzeuge und Methoden: Solidarische Unternehmen wirtschaften anders!
- Politische Rahmenbedingungen Solidarischer Ökonomie.

Der Kongress soll auch die internationale Breite der Solidarischen Ökonomie widerspiegeln. Folgende Referenten und Referentinnen haben zugesagt:

José Abelli, Argentinien
Giovanni Acquati, Brüssel
Froilan Torin, Venezuela
Sam Chelladurai, Indien
Norman Chipakupaku, Schottland
Marie-Caroline Collard, Belgien
Ewa Les, Universität Warschau
Michael Lewis, Kanada
Skevos Papaioannou, Universität Kreta
Bruno Roelants, Belgien
Yvon Poirier, Kanada
Paul Singer, Brasilien

Anmeldungen unter www.solidarische-oekonomie.de

Blick zurück:**Solidarität mit Arbeitslosen**

Lange Zeit hielten sich die Gewerkschaften nicht für zuständig. Sie verstanden sich als Verbündete und Vorkämpfer der arbeitenden Menschen, nicht jedoch als Interessenvertreter der Menschen ohne Arbeit. Das änderte sich vor 20 Jahren, im Herbst 1986; und es änderte sich zunächst nicht durch die Gewerkschaften, sondern durch die Arbeitslosen selbst: Sie machten Druck. Inzwischen gibt es den *Förderverein gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit e.V.* und dessen *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)*. Sie richten sich an arbeitslose Gewerkschafter/innen - das sind mehr als zehn Prozent der Mitglieder - und an gewerkschaftlich orientierte Erwerbslose.

Anfang als Selbsthilfe

In der Bildungsstätte der damaligen IG Druck & Papier in Lage-Hörste bei Bielefeld war die KOS von erwerbslosen Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen vor zwei Jahrzehnten gegründet worden. Genau genommen begann ihre Arbeit dort, wo traditionelles gewerkschaftliches Engagement seinerzeit noch endete. Das Problem der im Gründungsjahr Schwindel erregenden Arbeitslosenquote von neun Prozent – das waren registrierte 2,2 Millionen erwerbsfähige Menschen in Westdeutschland – wurde von den Gewerkschaften politisch lange Zeit lediglich mit der richtigen, aber nicht ausreichenden Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beantwortet; weiteren Einsatz für Menschen ohne Arbeit gab es zunächst kaum. Und so war das Verhältnis zwischen Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften anfangs keineswegs unge-

trübt. Inzwischen wird die Massenarbeitslosigkeit differenzierter betrachtet, nicht zuletzt weil bei den Gewerkschaften eingesehen worden ist, dass ihr Kampf um soziale Gerechtigkeit nicht glaubhaft geführt werden kann, wenn mit den Hauptbetroffenen nur gesprochen wird; man muss vor allem mit ihnen sprechen, sie einbeziehen in den wirtschafts- und sozialpolitischen Kampf der Gewerkschaften.

Gewerkschaften machen mit

Deshalb gibt es längst neben hauptamtlich auf diesem Gebiet arbeitenden Gewerkschaftern ehrenamtlich tätige Vertreter der Erwerbslosen in allen Einzelgewerkschaften sowie auf allen Ebenen. Und ihre Arbeitslosengruppen werden von acht Einzelgewerkschaften und dem DGB getragen, der auch die Finanzierung übernimmt und dadurch Planungssicherheit gewährleistet. Grundidee ist dabei jedoch die Unterstützung der Selbstorganisation von Gruppen betroffener Menschen.

Informationsmöglichkeiten

Die *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen* bietet den Menschen ohne Jobs reichliche Möglichkeiten zur Information.

Thematisch steht gegenwärtig das Arbeitslosengeld II (ALG II) im Mittelpunkt, zu dem es einen ausführlichen Ratgeber und eine ganze Serie von Faltblättern gibt. Neben gedrucktem vorliegendem Informationsmaterial mit vielen Tipps und ganzen Listen von weiterführenden Schriften gibt es Hinweise auf örtliche Beratungs-

stellen und Seminarangebote für Betroffene. Die KOS und der *Förderverein gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit* mit ihrem Sitz in Berlin (am Märkischen Ufer 28) sind auch im Internet präsent, unter www.erwerbslos.de und über Einzelgewerkschaften, zum Beispiel unter www.verdi-erwerbslosenberatung.de.

Einkommen zum Auskommen

„Wir wollen, dass Arbeitslose nicht verarmen und nicht zu Lohndumping gezwungen werden!“ So heißt es unter anderem im Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den bevorstehenden Protestkundgebungen (siehe S. 1). Die *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen* formuliert die Forderung zum DGB-Aktionstag am 21. dieses Monats auf einem Flugblatt mit „Einkommen zum Auskommen!“ etwas plakativer; sie hofft auf massenhafte Beteiligung nicht nur der Erwerbslosen.

In der Forderung „Einkommen zum Auskommen!“ gipfelt auch eine Kampagne, die vor kurzem auf der Jahrestagung der Erwerbsloseninitiativen beschlossen worden ist. Etwa 40 Gruppen waren auf der Konferenz vom 18. bis 21. September vertreten; alle weiteren sind aufgerufen, sich anzuschließen. Konkret ging es bei dem Treffen um die Folgen, welche die in höchstem Maß bescheidenen Geldmittel von ALG-II-Bezieher/innen speziell für deren Kinder hat. Das Ziel der Kampagne: „deutlich erhöhtes ALG II“, ihr Motto: „Reiches Land, arme Kinder? – Einkommen zum Auskommen“.

Anna Riedel

Wenig Vertrauen in die Demokratie

Das Vertrauen in die Demokratie in Deutschland hat in den vergangenen Jahren stark abgenommen. Immer mehr Menschen bezweifeln, dass diese Staatsform zukunftstauglich ist. Dies ergibt sich aus dem Datenreport 2006.

Der Datenreport wird alle zwei Jahre vom Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) erstellt. Er verbindet die Erkenntnisse der amtlichen Statistik mit den Ergebnissen der Sozialforschung.

Bei der Einschätzung der Lebensqualität geben die Deutschen ihrem Land eindeutig schlechtere Noten als andere Europäer. Nur

29 Prozent meinen, mit ihrem Einkommen bequem leben zu können. In Dänemark sind es 64 Prozent, in Schweden 54 und in Irland 50 Prozent. Die Arbeitsmarktsituation beurteilen nur drei Prozent der Deutschen als gut oder sehr gut, aber 82 Prozent der Iren, 68 Prozent der Dänen und 65 Prozent der Briten. Bei der Bewertung des Wohlfahrtsstaates liegt Deutschland im EU-Vergleich auf Platz 12, bei der Bewertung des Rentensystems nur auf Platz 21.

Von der Demokratie sind immer mehr Deutsche enttäuscht, besonders im Osten. Wie in den Vorjahren halten drei Viertel der Ostdeutschen den Sozialismus im Grunde für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Im Westen Deutschlands teilen immerhin 46 Prozent diese Meinung.

Betriebsratswahlen

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2006 haben die Beschäftigten in rund 100.000 Betrieben ihre Betriebsräte gewählt. Nach einer Auswertung von Wahlergebnissen aus 20.000 Betrieben ist die Wahlbeteiligung auf durchschnittlich 81 Prozent gestiegen. Bei erstmals gegründeten Betriebsräten betrug die Wahlbeteiligung im Schnitt sogar 86,1 Prozent. 73 Prozent der gewählten Betriebsrätinnen und Betriebsräte sind Mitglied einer Gewerkschaft im DGB. Der Anteil der wieder gewählten Betriebsratsmitglieder stieg von 59,6 Prozent im Jahr 2002 auf 69,4 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Mandaten erhöhte sich leicht von 25,4 im Jahr 2002 auf 25,9 Prozent. Bundesweit gibt es allerdings in rund 40 Prozent aller Betriebe immer noch keinen Betriebsrat.

Wirtschaftspolitik

Ver.di behandelt auf einer gut gemachten Website ausführlich und allgemein verständlich zentrale Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Bereich Wirtschaftspolitik beschäftigt sich fachbereichsübergreifend mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Wirtschaftspolitik, der Verteilungspolitik, der Beschäftigungspolitik, der Finanz- und Steuerpolitik, der europäischen Wirtschaftspolitik sowie mit ausgewählten Branchen und ökonomischen Aspekten der Sozialpolitik.

Angeboten werden Informationen, Daten, Broschüren, Schaubilder/Folien zur wirtschaftspolitischen Diskussion, zur argumentativen Begleitung von Tarifaussinandersetzungen und für aktuelle Kampagnen.

www.wipo.verdi.de

Dramatische Mitgliederverluste

Die großen Gewerkschaften in Europa verlieren Mitglieder. Vor allem junge Kolleginnen und Kollegen fehlen. Die Gewerkschaften im DGB verloren von 1993 bis 2003 fast ein Viertel ihrer Mitglieder. Die französischen Gewerkschaften haben heute etwa 20 Prozent weniger Mitglieder als noch vor zehn Jahren, in Großbritannien sind es zwölf, in Österreich 13 Prozent. Zuwachsraten in Norwegen und Finnland werden damit begründet, dass in diesen Ländern die Gewerkschaften für die Auszahlung der Arbeitslosengelder zuständig sind.

Rainer Hoffmann, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, führt diese Entwicklung in einem Gespräch mit der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* auf drei Problembereiche zurück: „Erstens

haben wir keinen Draht zu jungen Menschen. Der Altersschnitt der Gewerkschaftsmitglieder liegt deutlich über jenem der Erwerbsbevölkerung. Zweitens sind die hohe Arbeitslosigkeit und die vielen atypischen Beschäftigungsverhältnisse nicht unbedingt gewerkschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, und drittens gab es eine bedeutende Strukturänderung in der Wirtschaft: Die klassischen Branchen mit starkem gewerkschaftlichen Organisationsgrad wie Stahl oder Bergbau haben massiv an Personal abgebaut, während wir in neue Branchen wie Finanzdienstleister oder Internet nur sehr schwer hineinkommen.“ In Deutschland seien derzeit rund 25 Prozent der Erwerbstätigen gewerkschaftlich organisiert, in Frankreich hingegen seien es nur noch etwa acht Prozent.

Heuschreckenplage

Die Heuschreckenplage nimmt zu. Private-Equity-Gesellschaften sind auf der Jagd nach lukrativen Geschäften. Das in Deutschland investierte meist US-amerikanische Kapital betrug 2002 noch 6,9 Milliarden Euro. 2004 waren es bereits 22,5 Milliarden Euro. Der Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Verkauf von Beteiligungen an Unternehmen seit kurzem gesetzlich steuerfrei ist.

Die Finanzinvestoren sind mit ihren räuberischen Methoden vor allem auf schnelle Gewinnmaximierung aus. Sie kaufen Unternehmen und versuchen kurzfristig ihren Wert zu steigern. Das hat oft massiven Arbeitsplatzabbau zur Folge. Die Geschäftsmethoden bei der Übernahme von Unternehmen sind fast immer gleich: Zunächst gründen die Käufer eine neue Gesellschaft. Diese nimmt ein Darlehen auf und erwirbt damit das Unternehmen. Anschließend werden beide Gesellschaften miteinander verschmolzen. Die Darlehensschulden liegen dann beim aufgekauften Unternehmen, das nun die Zinsen bedient und somit seinen Kaufpreis selber bezahlt. Allerdings müssen

die „neuen Investoren“ einen gewissen Teil des Kaufpreises selbst aufbringen, um den Verkäufer zu bezahlen. Das aufgekaufte Unternehmen hat in der Folge den Investoren auch diesen Teil des Kaufpreises zu erstatten. Dann wird das Unternehmen in eine GmbH umgewandelt, falls es diese Rechtsform nicht schon zuvor hatte, und das Stammkapital wird herabgesetzt. Das freie Vermögen wird dann bis zur Grenze des rechtlich Zulässigen an die neuen Gesellschafter ausgezahlt. Zur Finanzierung werden Tochtergesellschaften und Betriebsstätten abgestoßen, Immobilien verkauft, die Kosten gedrückt und neue Verbindlichkeiten begründet. Nach einiger Zeit wird dann das aufgekaufte Unternehmen an einen anderen Investor weitergereicht, der es dann erneut auspresst.

Private-Equity-Firmen suchen derzeit nach profitablen Anlagemöglichkeiten für das Geld ihrer Kunden, die zweistellige Renditen erwarten. Sie alle haben gemeinsam nur eine Sorge: Wohin mit dem vielen Geld? -es.

* * * *

Buchtipp

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)
Der Sound des Sachzwangs
 Der Globalisierungs-Reader
 Blätter Verlag, 272 Seiten, 12 Euro

Kein Thema ist gegenwärtig so umkämpft wie das der Globalisierung. Dieser Reader widmet sich ihrer theoretischen Analyse wie der praktischen Suche nach Alternativen.

Im Gegensatz zum neoliberalen Mantra der Alternativlosigkeit

betonen die hier vertretenen Autorinnen und Autoren den politischen Charakter der Globalisierung. Sie ist niemals bloßer Vollzug vermeintlicher „Sachzwänge“, sondern immer Ausdruck politisch gewollter Entscheidungen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ präsentieren namhafte Autorinnen und Autoren zu allen wesentlichen Aspekten der Globalisierung mit insgesamt mehr als dreißig Beiträgen. - Informationen unter www.blaetter.de

Kommentar Bahn-Privatisierung

Die deutsche Bahn soll privatisiert werden. Warum eigentlich? Die Kunden haben jedenfalls keine Vorteile; für sie gibt es, im Gegenteil, nur Nachteile. Mit der Kapitalprivatisierung werden Investoren auf hohe Renditen drängen und dadurch Kosteneinsparungen erzwingen wollen. Das Schienennetz wird dann erneut deutlich reduziert, und Arbeitsplätze werden vernichtet. Das gesamte Vermögen der Bahn wird auf einen Wert von 100 bis 220 Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung veranschlagt dagegen als mögliche Einnahmen im Falle eines „integrierten Börsengangs“ nur 10 bis 15 Milliarden Euro. Der Steuerzahler soll weiterhin Unterstützungsleistungen für das Schienennetz bezahlen. In der Gesamtsumme sollen nach einer Bahnprivatisierung die staatlichen Unterstützungszahlungen nicht niedriger sein. Wieder einmal gibt es ein ähnliches Ergebnis wie bei Post und Telekommunikation: Gewinne werden privatisiert, Kosten vergesellschaftet. Welch ein Irrsinn!

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.